

## Nachhaltigkeit als Zukunftsthema für die Politik –

### Implikationen für Bund und Landespolitik

Hans-Peter Repnik,  
Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung

#### Eröffnungsrede

„Nachhaltigkeit in Politik und Verwaltung – Die Einführung der Nachhaltigkeitsprüfung in Baden-Württemberg“,  
Veranstaltung des Ministeriums für Umwelt, Verkehr und Naturschutz Baden-Württembergs

Stuttgart, 10. November 2010

#### Anrede

Vielen Dank für die Einladung, hier bei Ihnen über das politische Zukunftsthema Nachhaltigkeit zu sprechen. Mit mir sind einige Mitglieder des Nachhaltigkeitsrates hier, Frau Prof. Dr. Angelika Zahrt, Frau Prof. Dr. Lucia Reisch und Herr Olaf Tschimpke, die mit mir zusammen aus der Herbstsitzung des Rates kommen, die wir soeben in der Villa Reitzenstein beendet haben. Einmal mehr geht mein herzlicher Dank auch von dieser Stelle aus an die Landesregierung, die uns eine gute Arbeitsatmosphäre ermöglicht hat.

Nachhaltigkeit ist heute in aller Munde. Aber sehr häufig wird das Wort recht beliebig verwendet – und verschwindet dabei selbst in der Beliebigkeit. Wir, die Politik, aber auch die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und alle, die sich ernsthaft Sorgen um die Zukunftsfähigkeit machen, tun deshalb gut daran, Nachhaltigkeit als Grundprinzip gesellschaftlicher Gestaltung zu begreifen.

Die Rede von Nachhaltigkeit ist viel zu wichtig als dass wir zulassen dürfen, dass sie zum intellektuellen Fastfood wird. Das ist eine Frage der Inhalte und (!) der Kommunikation. Und vor allen anderen Dingen ist es eine Frage der dialogischen Beteiligung der Stakeholder. Deshalb sind Veranstaltungen wie die heutige so wichtig.

Wir müssen die Herausforderungen klar erkennen, die darin bestehen, Deutschland mit großen Infrastruktur-Investitionen in die Energienetze und Energiespeicher, aber auch in puncto Bildung und Innovation zukunftsfähig zu machen. In ihrer Bedeutung nicht geringer als die ökonomischen Investitionen sind die politischen Investitionen in unser demokratisches Entscheidungssystem.

Deshalb bin ich heute gerne hier. Stuttgart ist für mich und für den Nachhaltigkeitsrat das richtige Pflaster, um über Innovationen der Demokratie nachzudenken.

Gerade komme ich, wie gesagt, aus der Herbstsitzung des Nachhaltigkeitsrates, die wir in den letzten beiden Tagen hier in der Villa Reitzenstein gehalten haben. Wie in jedem Jahr führen wir eine unserer regelmäßigen Sitzungen in einem Bundesland durch. Das ist eine Tradition, die mein Vorgänger im Amt, Dr. Volker Hauff, begründet hat und die ich gerne fortsetze. Die interne Entscheidung, in Baden-Württemberg zu tagen, ist übrigens zu einem Zeitpunkt lange vor meinem Vorsitz gefallen. Das erwähne ich der Ordnung halber und sage das allen, die mich als Südbadener kennen.

Unsere Herbstsitzung hatte eine volle Agenda. Wir haben über Politikinnovationen zur Finanzmarktstabilität gesprochen und zu einem Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Hierzu haben wir in einer langen Nachtsitzung Positionspapiere erarbeitet, die wir jetzt in die Öffentlichkeit bringen. Wir haben über die Erwartungen an die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes gesprochen und einen Startschuss für unser Projekt Dialog2050, einen Zukunftsdialog zur Nachhaltigkeit, vereinbart.

Neues Denken, neue Impulse zur Verantwortung und zu innovativen Politikprozessen stehen also ganz praktisch an.

Vielen Dank an Sie, Frau Umweltministerin Tanja Gönner – und in Abwesenheit auch herzlichen Dank an Ministerpräsident Stefan Mappus und Staatsminister Helmut Rau -, für den herzlichen Empfang und die guten Gespräche, die wir mit Ihnen hatten. Es hat mich sehr gefreut, dass Ministerpräsident Mappus die Anregung aufgegriffen hat, das Thema Nachhaltigkeit auf die Ebene der Ministerpräsidenten zu heben. Es ist Chefsache und daher gehört es dort hin. Lassen Sie mich an dieser Stelle klarstellen, dass dieser Grundsatz nicht dagegen spricht, die operativen Arbeiten und die inhaltlichen Impulse wie hier in Baden-Württemberg auf das Umweltministerium zu verlagern. Das ist eine gute Lösung und ich danke Ihnen, Frau Ministerin, dass Sie versuchen wollen, der Thematik Nachhaltigkeit auch im Kreis Ihrer Länderkollegen und –kolleginnen, also in der Umweltministerkonferenz, einen neuen Schub zu geben.

Dass Sie unsere Herbstsitzung und unsere Gespräche hier in Stuttgart zum Anlass nehmen, heute in ihrem Land eine bedeutende Politikinnovation einzuführen, freut uns ganz besonders.

Aus meiner Sicht ist die Einführung der Nachhaltigkeitsprüfung genau das: bedeutend, richtungsweisend und dialogisch.

- Bedeutend, weil sie das Nachhaltigkeitsmanagement verbindlicher macht und an Inhalte knüpft.
- Richtungsweisend, weil sie neue Verantwortlichkeiten definiert. Im Bundestag gibt sie dem Parlament eine wichtige Rolle. Ein Stück weit „re-parlamentarisiert“ sie die bislang vorwiegend in der Exekutive betriebene Nachhaltigkeitspolitik. Und das ist richtig.
- Dialogisch, weil sie uns alle zwingt, mehr miteinander zu reden und uns zur partizipativen Teilhabe bringt. Denn Nachhaltigkeit ist nicht starr und unbeweglich, sondern dynamisch und nach neuen Lösungen suchend. Das geht am besten im Dialog und in demokratischen Prozessen.

Solche Politikinnovationen sind wir dem Zukunftsthema Nachhaltigkeit schuldig.

Ich beobachte, dass es vielen Menschen – und zunehmend mehr Menschen – um die Gesamtperspektive geht. Sie wollen das große Bild. Sie wollen wissen, wie sieht die Zukunft ihrer Kinder aus? Sie wollen wissen, was sie von unternehmerischem Handeln erwarten dürfen und können. Sie wollen von der Politik ernst genommen werden. Sie akzeptieren eben nicht mehr, wenn sie auf besorgte Zukunftsfragen Antworten bekommen, die auf Einzelmaßnahmen und Zuständigkeitsfragen hinauslaufen und ihnen nur vorgehalten wird, was andere tun.

Das hat damit zu tun, dass der Begriff Nachhaltigkeit – glücklicherweise - so breit in die Öffentlichkeit vorgedrungen ist. Er muss jetzt noch stärker zum politischen Leitbild werden, und zwar auch ganz praktisch.

Die allgemeine Definition ist: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“ So lautet die deutsche Übersetzung des viel zitierten Berichtes der Brundtland-Kommission aus dem Jahr 1987. Diese Definition ist auch heute noch von einer so großen und deutlichen Aktualität, dass es einem schon fast Angst macht.

Und tatsächlich: Wie soll man sich eine Welt vorstellen, die in ein paar Jahrzehnten drei Milliarden Menschen mehr ernähren muss? Bei unserem Lebensstandard und wenn der Rest der Welt berechtigterweise aufholt, brauchen wir nicht einen Planeten, sondern zwei oder drei (unter sonst gleichen Bedingungen). Wir werden den Planeten aber nicht klonen können und es steht auch kein anderer zur Verfügung.

Das Leitbild Nachhaltigkeit verlangt von uns zunächst einmal eines: Dass wir uns darüber im Klaren sind, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher. Weder in den Entwicklungsländern, noch in den Industrieländern.

Dabei ist schon viel geschehen:

- Nachhaltigkeit hat durch die Konferenz in Rio im Jahr 1992 einen großen An Schub bekommen.
- In Deutschland gibt es eine Nachhaltigkeitsstrategie mit Zielen, Indikatoren und Managementregeln. Neue Arbeits- und Verantwortungsstrukturen sind im Parlament und in der Regierung geschaffen worden.
- Einige Länder – und ganz zuvorderst Baden-Württemberg – entwickeln eigene Strategien.
- Seit einigen Jahren stellen sich maßgebliche Unternehmen ganz anders zum Thema Nachhaltigkeit auf als zuvor.

Aber so gut das ist, es reicht nicht.

Heute treffen wir Entscheidungen – und müssen Entscheidungen treffen -, die unmittelbar relevant für das Jahr 2050 sind. Sei es im Zusammenhang mit Investitionen in die Infrastruktur, mit dem Klimaschutz, oder im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung. Wir treffen Entscheidungen und geben Geld aus, das denjenigen, die die Entscheidungen zu verantworten haben, keine unmittelbaren Erfolge oder gar Nutzen bringen. Hier wird das Leitbild unmittelbar ganz praktisch im Hier und Heute relevant.

Und wir müssen uns wieder und wieder klar machen, dass wir global gesehen immer noch so tun als seien natürliche Ressourcen unendlich, als könnten wir den Planet einfach verdoppeln wenn es irgendwo zu eng wird, als könnten und dürften wir weiterhin Hunderte von Millionen Menschen von Wohlstand und Teilhabe abkoppeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Leitbilder, Zukunftsthemen und Visionen – das sage ich nach sieben Legislaturperioden als Bundestagsabgeordneter - haben für einen Politiker zwei Seiten. Die eine ist verheißungsvoll und die andere eine große Herausforderung.

Verheißungsvoll, weil politische Leitbilder oder eine Leitkultur viel wirkungsvoller sein können als einzelne Gesetze.

Herausfordernd aber auch, weil wir mit den Erwartungen und Phantasien der Menschen – ebenso wie mit unseren eigenen Erwartungen und Phantasien - sehr sorgfältig umgehen müssen, um sie nicht zu enttäuschen.

Deshalb brauchen wir unter anderem auch neue Formen politischen Zusammenwirkens über die föderalen Strukturen hinaus. Ich begrüße es sehr, dass die Bund-Länder Zusammenarbeit durch eine Initiative der Bundesregierung vorangebracht worden ist. Ich ermutige sie zur Intensivierung der bisherigen Ansätze (Beschaffung, Flächeninanspruchnahme, Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategien von Bund und auf Landesseite).

Die Einführung der Nachhaltigkeitsprüfung bietet hierfür beste Voraussetzungen. Sie erfordert nachgerade den intensiven Austausch zwischen Bund, Ländern und – nicht zu vergessen: den Kommunen. Das hat der Strategie-Dialog Nachhaltige Stadt von Oberbürgermeistern unterstrichen. Ich freue mich, dass ich Herrn OB Spec hier unter uns sehe. Er ist einer der Mitstreiter.

Weil Deutschland neues Denken zur Nachhaltigkeitsstrategie braucht, deshalb geht der Nachhaltigkeitsrat – ansonsten sind wir ja ein nationales Gremium und unser Ansprechpartner ist das Bundeskanzleramt – zu den Ländern. Deshalb unterstreichen wir die Bedeutung der Kommunen, die Bedeutung der besseren Zusammenarbeit von Ländern und Kommunen und die Bedeutung der Kooperation des Bundes mit den Kommunen.

Wir stehen hier am Anfang. Aber wir sind nicht allein. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.